



## **Die politische Verantwortung der Finanzkrise**



### **Vorbemerkung**

Wir haben mit Occupy Hannover und verschiedenen anderen Gruppen, Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu den Themen Euro und Finanzkrise durchgeführt. Die Veranstaltungen waren gut besucht und sie zeichneten sich vor allem durch lebhaftes und gute Debatten aus. Im Ergebnis offenbarten sie, dass die vordergründige Euro- und Finanzkrise einer Politik zuzurechnen ist, die sich verantwortungslos von der Ordnung des Rechts gelöst hat und die sich vor allem nicht mehr vom allgemeinen Wohl als ihr Ziel leiten lässt. Es zeigte sich aber auch, dass wir in unserer Republik eine krasse Desinformation durch die „veröffentlichte Meinung“ erleben und ein hohes Defizit an offenen Räumen freier Kommunikation und Meinungsbildung haben. Deshalb wollen wir mit der Veröffentlichung der wesentlichen Argumente der vorgenannten Veranstaltungen einen Beitrag zur Eröffnung einer Plattform für Kommunikation und Meinungsbildung schaffen.

### **Die Ausgangsvoraussetzungen**

Wie wir inzwischen wissen, begann etwa in den 80er Jahren ein tief greifender Umbruch, der zuerst die Wirtschaft, dann aber auch Kultur, Sozialisation und Politik tief greifend veränderte. Eine dieser Auswirkungen war, dass aus den Alt-Industrien ein großes Volumen von Kapital freigesetzt wurde, das nun Anlage in den Geld- und Kreditmärkten suchte. Bei dem vorhandenen Vermögen war das Volumen jedoch so groß, dass es völlig ausgeschlossen war, angemessene Verzinsungen auf den nationalen Märkten zu finden. Außerdem waren die finanztechnischen Geschäftsmöglichkeiten begrenzt, da z.B. in Deutschland Erfahrungen aus der großen Depression zu einer engen Regulierung durch die Zentralbank geführt hatten.

Es bedurfte also einiger Veränderungen, damit die Spekulation „ihr Spiel“ beginnen konnte. Diese Veränderungen konnten nur von der Politik, also von denen, die auf das Wohl unseres Landes einen Amtseid geschworen hatten, durchgeführt werden. Dementsprechend wurden Banken – allen voran die Deutsche Bank – mit ihrer Lobby und ihrer Expertokratie aktiv.

### **Das Interesse der Spekulantenlobby**

Die Wünsche der Finanzspekulanten richteten sich auf folgende, aus ihrer Sicht strategische Größen. Die Aufhebung der

- nationalen Grenzen für die Finanzmärkte
- Begrenzung der Geld und Kreditmärkte
- Kontrolle der Geld- und Kreditmärkte

Als internationalen Sprecher dieser Forderung hatte man sich A. Greenspan auserkoren: (1991 in Zürich.) „Die übernationale Souveränität einer intellektuellen Elite und von Weltbankiers ist sicherlich der in den vergangenen Jahrhunderten praktizierten nationalen Selbstbestimmung vorzuziehen.“ Übersetzt: eine /totalitäre/Finanzoligarchie ist besser als eine Demokratie.

Im Ergebnis hat unsere Politik ihren Auftrag offensichtlich auch zur Zufriedenheit der Spekulanten erfüllt:

In den neunziger Jahren wurde der einheitliche Währungsraum mit dem Euro geschaffen.

Rückblickend wird oft von „Fehlern bei der Einführung gesprochen“. Die Politik hat jedoch keine Fehler gemacht. Sie hat sich bewusst über die Bedenken in der Bevölkerung hinweggesetzt und Fachargumente, so die Stellungnahme von 155 Ökonomie-Professoren gegen den Euro 1998 (z.B. auch von Prof. K. Schiller) unbeachtet gelassen. Die Euro-Einführung war zwar fahrlässig, aber sie war offensichtlich um jeden Preis gewollt.



## **Die politische Verantwortung der Finanzkrise**



### **Wir kommen zum ersten Zwischenergebnis:**

Die Einführung des Euro war nicht fehlerhaft, sondern verantwortungslos und ein letztlich gegen das allgemeine Wohl gerichteter Vertrauensbruch.

### **Die zweite Etappe verantwortungsloser Politik**

Mit Rot-Grün kam eine neue Regierung, sie leitete die 2. Phase mit

- der Aufhebung der Begrenzung der Geld und Kreditmärkte und
- der Aufweichung und Verwässerung der Kontrolle der Geld- und Kreditmärkte

ein.

Es kam 1998 zur Zulassung der Hedge-Fonds, und dann folgten

- Zulassung von Leerverkäufen,
- Erlaubnis zum Handel mit Krediten
- Freigabe der unbegrenzten Geldgeschäfte z.B. mit Zertifikaten.

Besonders herauszustellen ist, dass Müntefering die Hedgefonds als Heuschrecken bezeichnete. Trotzdem wurden im November 2003 quasi über Nacht ein Gesetz zur Finanzmarkstabilisierung verabschiedet und ab 2004 die Dach-Hedgefonds zugelassen. Diese hochspekulativen Fonds machte die Schöpfung virtuellen Geldes völlig unkontrollierbar. Virtuelles Geld stand jetzt praktisch in unbegrenzter Menge zu Verfügung.

Der letzte Wunsch von Banken und Spekulanten war die Aufhebung und Aufweichung der Kontrolle:

- Exemplarisch dafür steht die Aufweichung von Bilanzregeln, z.B. konnten Risikoengagements auf eigens eingerichtete Gesellschaften (sog. Conduits) verlagert und aus der Bilanz entfernt werden.
- Zusätzlich wurde am 1.5. 2002 mit der Gründung des BaFin in die Kompetenz der Zentralbank eingegriffen. Mit der BaFin als einer politischen Behörde wurde die Kontrolle unmittelbar politisch

Es ist ein Stück aus dem Tollhaus, dass Steinbrück in Vorbereitung auf den rot-grünen Koalitionsvertrag das deutsche Kreditwesen dazu aufrief, Krisen fördernde Novitäten wie anonyme „Zweckgesellschaften“, „Verbriefungskredite“ und andere „Derivate“ der internationalen Finanzmärkte ja nicht zu verschlafen. Damals war Steinbrück darauf offensichtlich auch noch stolz, denn so seine Aussage: Nicht zuletzt ist Deutschland heute eine der am meisten liberalisierten und deregulierten Wirtschaften in Europa.

### **2. Zwischenergebnis**

Unsere Politik – also nicht nur CDU und FDP, sondern auch SPD und Grüne - haben verantwortungslos, die Vorgaben der Spekulanten umgesetzt. Ohne einen europäischen Währungsraum, ohne die verantwortungslose Liberalisierung und ohne die Aufweichung der Kontrollen, hätte sich die Finanzkrise nicht ungehemmt entfalten können. Unsere Politik, Regierungen und Parteien, tragen somit eine unmittelbare Verantwortung für die Krise und ihre Folgen. Das belegen insbesondere auch die Fälle der IKB und der HRE, die sinnbildlich für die Krise des Bankensystems stehen.



## **Die politische Verantwortung der Finanzkrise**



### **Krisenpolitik dritter Teil**

Den Banken und Spekulanten nutzt das virtuelle Geld natürlich nur, wenn sie es tauschen können, gegen harte Währungen und vor allem gegen Reichtümer wie Immobilien, Rohstoffe und die Güter der allgemeinen Daseinsvorsorge. Auch dies funktioniert nur, wenn man ihnen den Zugang zum Reichtum der Bürgerinnen und Bürger verschafft. Die würden sich normalerweise natürlich gegen einen enteignungsgleichen Eingriff sperren. Also erfand man den Begriff der systemrelevanten Bank. Da dies mindestens im deutschen Recht kein gängiger Begriff ist, der Eingriffe in fremdes Vermögen rechtfertigt, bedurfte es der Politik.

So stufte man schnell – noch unter Rot-Grün – ein kaum bekanntes Institut wie die IKB oder eine auf Immobilien „spezialisierte“ Bank wie die HRE zu systemrelevanten Banken. Dies sollte Milliardenzahlungen an die Spekulantenwelt rechtfertigen. Oder anders ausgedrückt, eine systemrelevante Bank hat freie Hand in ihren Geschäften und mit Hilfe der Politik wird die Rechnung den Steuerzahlern präsentiert. Der wichtige Punkt ist, dass der Begriff „systemrelevante Bank“ rechtlos völlig unbestimmt ist. Er ist also ein Begriff, der der Politik rechtlich ungebundenes Handeln – also Willkür – gestattet. Diese Form der Legitimation politischen Handelns ist an sich nur in totalitären Systemen denkbar.

Der Hintergrund dieser Politik ist, dass es natürlich immer auch um Umverteilung und um Macht geht. Beispiel: Bis etwa 1975 betrug der Anteil des Finanzsektors an allen Unternehmensgewinnen noch bei 14 Prozent. Er lag 2002 bei 45 Prozent und hat sich in der Finanzmarktkrise auf etwa 30 Prozent eingependelt. (Quelle: Whitney und Tongue: Ways to Profit, In These Bad Times, NY, 2008). Aber auch die neue Armut in Europa ist Ausdruck der Aufkündigung des Gesellschaftsvertrages, der bislang auf einer allgemein akzeptierten Verteilung des Reichtums beruhte.

Die Mittel zur Aufkündigung hatten wohlklingende Überschriften. Während es in der ersten Phase um die Rettung „systemrelevanter“ Banken ging, kamen in der zweiten Phase noch höhere Werte und Ziele zum Einsatz. Mit dem Euro sollte nicht nur eine gemeinsame Währung geschaffen werden, sondern es sollte die Gemeinschaft zusammenwachsen. Mit den Rettungsschirmen sollten Euro und Gemeinschaft „gerettet“ werden und dies auch im Interesse von Wachstum und Wohlstand. Gemeinschaft, systemrelevante Banken, Wachstum und Wohlstand wurden so schrittweise in den Rang höherer Ziele und Werte berufen, die offensichtlich einen Abbau von Demokratie und Rechtsstaat begründen (legitimieren) sollten. Für die Skeptiker kam hinzu, dass diese Politik alternativlos sei. Also technokratische Sachzwänge stehen wie Gebote höherer Vernunft unseren Parteien als Maßstab ihres Handelns zur Verfügung. Auch dieser Rückgriff auf höhere Ziele und Werte zeichnet eigentlich totalitäre Systeme aus. (Einige dieser höheren kennen wir schon: Volk, Vaterland, Partei, Klasse etc.)

Inzwischen ist klar, dass wir, die Bürgerinnen und Bürger, Objekte eines neuen Krieges sind. Dies erklärte unverblümt der Spekulant B. Warren: „Wir haben Krieg zwischen Arm und Reich und wir werden diesen Krieg gewinnen.“ Tatsächlich entfalten sich die Spekulationen, gegen Länder, gegen Steuerzahler und Kleinanleger. Sie werden inzwischen zu einem Kampf um die globalen Ressourcen in der Welt. In Afrika richten sich die Spekulationen von Hedge-Fonds auf Nahrungsmittel in Afrika. In Europa wird heimlich und leise die Privatisierung des Wassers eingespielt. Dabei sind die Taschen der „globalen Player“ gefüllt mit dem Vermögen der Steuerzahler.

Schrittweise entfaltet sich die Banken- und Finanz- in eine umfassende Krise und sie zeigt dabei ihr eigentliches Gesicht: Es geht um die Güter der Daseinsvorsorge in einer globalen Welt. Warum brechen diese Konflikte jetzt auf. Die Antwort ist relativ einfach. Unsere alte Welt, die der großtechnologischen Industriegesellschaft ist durch eine neue, global verflochtene Welt abgelöst



## **Die politische Verantwortung der Finanzkrise**



worden. Diese Welt ist differenziert und komplex. Sie erfordert neue Muster des wirtschaftlichen Handelns.

Wie bei der Ablösung des Mittelalters durch die Erkenntnisse der damals neuen Wissenschaften und der Aufklärung kämpft die alte Machtelite um ihre Besitzstände. Es geht um die wirtschaftliche und politische Dominanz in der neuen Welt. Diesen Kampf können auch die Finanzmonopole nicht allein gewinnen. Sie brauchen unser Geld als Einsatz im globalen Spiel um die Güter der Daseinsvorsorge. Und sie haben nur einen Weg, der ihnen den Zugriff auf unser Zukunftskapital freimacht, er führt über die Politik. Sie musste mit der Liberalisierung der Finanzmärkte den Spekulanten Wege öffnen. Als dies geschehen war, konnte im Zusammenspiel von Rating-Agenturen, unverantwortlich spekulierenden Banken und ebenso unverantwortlich handelnden Regierungen ein endlos scheinender Krisenzyklus gestartet werden, aus dem es als „alternativlosen“ Ausweg nur gab, mit immer neuen Unsummen der Steuerzahler Banken und Länder zu retten.

Aber es macht wenig Sinn, gegen Namen zu kämpfen, die zum Synonym für globale Spekulationen geworden sind. Wir haben Verantwortliche in unserem Land und in Europa. Es ist das Kartell unserer Parteiliten, die mit immer neuen aberwitzigen Begründungen und Behauptungen nur eins verdecken: Sie haben unser Vertrauen und damit den Gesellschaftsvertrag zwischen uns und ihnen gebrochen.

### **Die Parteien verspielen unsere Zukunft**

Es gibt viele Indikatoren, die zeigen, dass wir nicht eine Krise einzelner Parteien oder gar einzelner Personen erleben. Die Parteiliten haben es faktisch geschafft, ein Machtkartell zu bilden, bei dem es gleich ist, welche Partei oder welche Person gerade Träger der Amtsgewalt ist. Die Parteien haben den gesellschaftlichen Konsens, über den sozialen Wohlfahrtsstaat aufgekündigt und damit den Boden des Gesellschaftsvertrages zwischen Volk und Parteien verlassen.

Dieser Bruch des Vertrauens kam nicht zufällig. Der Zerfall des Sozialismus hat gezeigt, dass die Zeit der zentralistischen Planungs- und Regulierungssysteme vorbei ist. Vorbei sind auch feste Glaubenssätze wie Vorteilhaftigkeit durch Größe und Machbarkeit der Welt mit den Mitteln der Bürokratie. Angesichts der wachsenden Komplexität ist der Anspruch unserer Politik auf Machbarkeit grotesk, aus der sie technokratische Handlungszwänge oder gar „Alternativlosigkeit“ ihrer Politik ableitet. Es sind Vorstellungen einer überholten Welt. Sie zeigen uns, dass die Form der Organisation politischer Macht, die auf der Dominanz von Parteien und einer großen zentralistischen Bürokratie beruht, überholt ist. Sie ist Geschichte geworden.

Es ist nur zu verständlich, dass die alten Machteliten um ihre Macht kämpfen. Sie tun alles, um sich gegen den Wandel zu behaupten. Das unterscheidet sie nicht von früheren Machthabern – und auch nicht von den Zentraleinrichtungen der Sozialisten in Osteuropa. Damit aber haben sie das Flexibilitätsversprechen der Demokratie aufgehoben. Das Problem dabei ist, dass die Sicherung der Macht immer größeren Aufwand bedeutet. Bestehendes Recht, Versprechen, Verträge oder gar die Verfassung werden den so genannten höheren Zielen wie Europa, Gemeinschaft oder auch nur technokratischen Handlungszwängen untergeordnet. Immer mehr nehmen die Formen unserer Politik einen totalitären Charakter an.

Aber wie schon immer in der Geschichte wird auch der gegenwärtige Wandel nicht aufzuhalten sein. Erkennbar ist, dass die Politik nicht mehr Herr der Lage ist. In konfuser Hektik folgt ein Schirm dem anderen, es werden Brandmauern errichtet und Krisenfeuer eingedämmt. Die gewaltigen Wortkreationen eingeübter Propagandaschreiber lösen eher gruselige Erinnerungen aus. Letztlich aber kann keine Propaganda darüber hinwegtäuschen, dass uns die Politik, vom Währungsraum, über die Liberalisierung der Finanzmärkte bis zur Euro-Rettungspolitik in eine Krisenspirale geführt hat, die ausweglos und immer auswegloser wird. Was derzeit von den



## **Die politische Verantwortung der Finanzkrise**



Parteien und Regierungen und nicht zuletzt den öffentlich-rechtlichen Medien auf uns einwirkt, kann nur noch als Realzynismus bezeichnet werden.

Viele Menschen befürchten, dass Ihnen die Rechnung der Umverteilungen und Finanzkrisen schon bald gestellt wird. Dies ist zu erwarten und die Äußerungen des Euro-Gruppenchefs zu Zypern haben gezeigt, dass man die widerrechtliche Enteignung von Sparern schon mal geprobt hat. Die noch größere Gefahr liegt aber im Verlust unserer Zukunftsfähigkeit und im Abbau von Rechtsstaat und Demokratie durch eine totalitäre Oligarchie.

Die materiellen Sorgen werden begleitet durch eine schon längst nicht mehr schleichende Erosion unserer Demokratie. Mit technokratischen Handlungszwängen werden parlamentarische Beratungen umgangen, werden Rechte eingeschränkt und wird die Öffentlichkeit schon bei der Suche nach vollständigen Informationen ausgeschlossen. Europa soll als Einheitsstaat entstehen, ohne wirtschaftliche Basis, ohne Ordnung und ohne demokratische Verfassung. Es kann nur ein bürokratisches Monster mit obskuren Gremien sein, was in diffusen Bildern erkennbar ist.

Dahinter vollzieht sich ein Bürokratenstaat den A. Greenspan schon 1991 in Zürich angesprochen hat: „Die übernationale Souveränität einer intellektuellen Elite und von Weltbankiers ist sicherlich der in den vergangenen Jahrhunderten praktizierten nationalen Selbstbestimmung vorzuziehen.“ Das Verhalten dieser neuen selbsternannten Elite wird im Fall Griechenlands sichtbar, steht aber auch in anderen Ländern an der Wand. Zypern ist möglicherweise ein erster Testfall.

Auswege aus der gegenwärtigen Krise liegen nicht in den Parteien – auch nicht in der Gründung immer neuer Parteien, die bedeutungslos in sich zerstritten sind und letztlich das Reformpotential vieler Bürgerinnen und Bürger blockieren. Auswege liegen in der Hand der Bürgerschaft. Eine Basis dafür sind die so genannten alten Tugenden wie Selbstverantwortung, die als Basis für demokratische Reformen in unserem Land dringend notwendig sind.

IGW, März 2013